

Ö1 Abendjournal.

Mit Julia Schmuck im Studio. Guten Abend.

Seit zweieinhalb Wochen ist der nahe Osten im Ausnahmezustand.

Die Lage für die Bevölkerung im Gaserstreifen wird immer verzweifelter.

Israel berichtet heute, dass die Hamas erneut nach Gaza eindringen wollte.

Bundeskanzler Nehammer ist heute auf Solidaritätsbesuch in Tel Aviv

und betont, dass Israel jedes Recht hätte sich zu verteidigen.

Österreich bekommt heute schlechte Noten von der EU-Grundrechte-Agentur,

dem nach Leiden immer mehr schwarze Menschen unter Diskriminierung.

Die Konflikte in der SPÖ reißen nicht ab,

erneut kritisiert das Burgenland die Bundespartei.

Außerdem in diesem Abendjournal der Druck auf Gemeindebund President Alfred Riedl steigt.

Der Gemeindebund bereitet seine Abwahl vor.

Das alles und noch mehr gleich davon auch die Wetterprognose von Daniel Schlager.

Meist trocken und halbwegs mild geht es durch den Abend.

Ausgehend von Vorarlberg breiten sich allmählich aber Regenschauer

auf die gesamte Alpen-Nordseite aus, erreichen nach Mitternacht auch das Waldviertel.

Die Temperaturen sinken auf 11 bis 3 Grad.

Unbeständig dann auch der Nationalfeiertag morgen,

oft ist es trüb durch Nebel oder Wolken

und speziell von Vorarlberg bis zum Mostviertel regnet es zeitweise.

Der Regen legt aber auch längere Pausen ein und es gibt Sonnenfenster,

die größten im weitgehend trockenen Osten und Südosten.

Dazu teils Leber auf der Wind aus West bis Süd

und für Ende Oktober mild mit 11 bis 19 in 2000 Meter Höhe 2 bis 7 Grad.

In der Nacht auf Freitag dann aber immer häufiger

und vor allem im Süden auch kräftiger Regen.

Wir beginnen die Sendung einmal mehr im Nahen Osten,

wo heute Mittag auch Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer

von der ÖVP für einen Solidaritätsbesuch gelandet ist.

Israels Militär meldet heute,

dass die Hamas erneut versucht habe, in Israel einzudringen.

Die Lager im Gaserstreifen verschärft sich unterdessen

für die Bevölkerung, wie Susanne Nevra klar berichtet.

Im Süden des Gaserstreifens

kommt ein Lkw-Mithilfslieferungen vor dem Spital von Chanyounis an.

Ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Acht Lkw-Mithilfslieferungen konnten heute nach Gaza gelangen.

Die UNO sagt, pro Tag würden derzeit 100 Lkw gebraucht,

um die katastrophale Notlage zu lindern.

Gebraucht wird Treibstoff und zwar jetzt sofort, sagt Julia Thuma,

vom UNO-Palästinenser Hilfswerk Umbra.

Ohne Treibstoff für die Stromgeneratoren

könne das Hilfswerk vielleicht schon in wenigen Stunden

den Hilfseinsatz für 600.000 Menschen in Gaserstreifen nicht fortsetzen.

Lässt die UNO wissen.

Doch Treibstofflieferungen in den Gaserstreifen

sind für die Bevölkerung,

für die Bevölkerung und für die Bevölkerung.

Treibstofflieferungen in den Gaserstreifen sind für Israel derzeit ausgeschlossen.

Treibstoff, das brauche die Hamas für ihre Kriegsmaschinerie,

ihre Raketen und Untertunnel,

sagt der israelische Regierungssprecher Marc Regev.

Nach israelischen Militärangaben habe die Hamas heute erneut versucht,

nach Israel zu gelangen, diesmal vom Meer aus durch einen Tunnel.

Israels Armee veröffentlichte Bilder von einem militärischen Gegenschlag.

In dessen meldet der Gesundheitsdienst der Hamas in Gaserstreifen,

dass bei israelischen Bombardments seit gestern mehr als 750 Menschen getötet worden seien, darunter 344 Kinder.

Diese Angaben können derzeit nicht unabhängig überprüft werden.

Am frühen Nachmittag ist Bundeskanzler Carl Nehammer von der ÖVP in Tel Aviv gelandet.

Er betont bei seinem Besuch, dass Israel jedes Recht habe, sich zu verteidigen,

in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht.

Israels Ministerpräsident dankt Nehammer für den Solidaritätsbesuch,

wie David Kriegler aus Tel Aviv berichtet.

Österreich steht klar an der Seite Israels.

Das hat Kanzler Carl Nehammer bei seinem Treffen mit dem israelischen Präsidenten Izzak Herzog und Premierminister Benjamin Netanyahu zum Ausdruck gebracht.

In den Gesprächen war ganz klar, dass Österreich an der Seite Israel steht.

Wir sind verbündete in Kampf gegen den Terror.

Israel kämpft jetzt massiv gegen die Hamas, die einen unfassbaren Terroranschlag ausgiebt hat, in einer Brutalität, in einer Barbarei, wie sie uns alle eigentlich nicht vorstellen können.

Das macht einen tatsächlich sprachlos.

Der Terror dürfen nicht in die Europäische Union kommen, so der Kanzler.

Österreich werde daher beim morgigen EU-Gipfel nicht für eine Feuerpause eintreten.

Eine Feuerpause nutzt jetzt in dieser Situation nur der Hamas.

Die wollen sich wieder umgruppieren, die wollen sich formieren.

Danach trifft Kanzler Nehammer an der österreichischen Botschaft mit Gillard Korngold zusammen.

Dessen 38-jähriger Sohn, ein österreichisch-israelischer Doppelstaatsbürger,

ist gemeinsam mit seiner Familie seit den Terrorangriffen verschwunden

und wird in der Gewalt der Hamas vermutet.

Ich will ihn und seine Familie zurück.

Es sind keine Soldaten, das sind Kinder, sagt Korngold.

Es folgt ein kurzes Treffen mit dem israelischen Oppositionschef Jair Labid.

Danach soll Kanzler Nehammer noch ein Spital in Tel Aviv besuchen,

wo Gespräche mit Familien, Angehörigen der Terroropfer,

sowie Verwundeten auf dem Programm stehen.

Ganz anders sind die Signale, die heute aus der Türkei kommen,

der türkische Präsident Erdogan schlägt, zunehmend härtere Töne gegen Israel an. Dabei hat er sich vor kurzem noch als Vermittler angeboten. Die türkisch-israelischen Beziehungen hatten sich zuletzt auch verbessert. Nachdem was heute aus Ankara zu hören ist, wird sich das wohl ändern. Katharina Wagner berichtet.

Es sind Aussagen, die mir als weit entfernt sind von den vermittelnden Tönen, die Erdogan noch nach dem 7. Oktober angeschlagen hatte. Die Hamas sei keine Terrororganisation, sondern eine Befreiungsgruppe, Kämpfer des Jihad, um ihren Boden und um ihre Bürger zu schützen, so Erdogan heute in Ankara. Greultaten Israels würde er verurteilen, fügt aber hinzu, es dürfen keine Zivilisten getötet werden, auch nicht israelische. Einen geplanten Besuch in Israel erklärte er für abgesagt. Der Westen würde Israel verschulden, die Türkei schulde Israel nicht, so Erdogan. Am Samstag ruft Erdogan Sakabin Istanbul zu einer Großveranstaltung für Palästina auf. Wir kommen nach Österreich, nachdem vom jüdischen Stadttempel in Wien eine israelische Fahne heruntergerissen wurde, denkt Innenminister Gerhard Karner von der ÖVP eine Gesetzesänderung an. Konkret geht es um den Straftatbestand der Herabwürdigung Fremder Symbole, heißt das aus dem ÖVP geführten Innenministerium. Beim Koalitionspartner, den Grünen, zeigt man sich skeptisch, aber Gesprächsbereit Bernd Kuschu informiert.

Im Interview hat Innenminister Gerhard Karner zwar nur davon gesprochen, dass es härtere Strafen geben soll, wenn Symbole verbrannt werden. Laut seinem Sprecher geht es aber insgesamt um Herabwürdigung Fremder Symbole, wie Fahnen oder Hymnen. Darauf stehen derzeit maximal sechs Monate Haft. Das gilt aber nur, wenn die Fahne von einer Behörde oder Botschaft aufgehängt wurde. Dazu gäbe es mit dem Justizministerium Verhandlungen, es könnte demnach sogar die Herabwürdigung einer privat aufgehängten ausländischen Fahne strafbar werden.

Die grüne Justizsprecherin Agnes Prama spielt den Ball allerdings zurück. Zuerst sei eine Analyse nötig, wie die bestehenden Gesetze durch die Sicherheitsbehörden angewendet werden, spielt Prama offenbar darauf an, dass der Wiener Stadttempel in der Nacht nicht bewacht war. Und da es gerade viele junge Täter-Täterinnen zu geben scheint, so Prama müsse ihn schulen und der Jugendarbeit gegen antisemitische Denkmuster gearbeitet werden.

Im Parlament ist am späten Nachmittag der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Ein Berufen hat sie die FPÖ. Sie kritisiert einmal mehr Österreichsposition im Ukraine-Gräber als Gefährdung der Neutralität. Die anderen Parteien werfen wiederum der FPÖ eine Nähe zu Russland und Putin vor. Peter Daser berichtet. FPÖ-Chef Herbert Kickel kritisiert die Haltung der Bundesregierung für die Ukraine

und die Russlandsanktionen der EU. Neutralität und Souveränität Österreichs seien gefährdet. Diese sollten in der Verfassung besser geschützt werden.

Sie haben die Neutralität und die Souveränität Österreichs zertrömmert und verraten.

Sie sind die Täter und die österreichische Bevölkerung, ist ihr Opfer.

Weil sie nämlich nicht gefragt wurde, ob sie alles das will, aber weil sie alles das auszubaden hat, was sie hier einbrocken.

Für die Bundesregierung spricht ein Staatssekretärin Claudia Plakholm von der Volkspartei.

Sie sagt, ein abschaffender Neutralität stehe gar nicht zur Debatte.

Wir sind heute hier zusammengekommen auf Wunsch einer Partei, um über etwas zu diskutieren, das selbstverständlich ist, nämlich die Neutralität unseres Landes.

Die einzige Erklärung, die ich für diese Sondersitzung finde, ist, man will Angst und Verunsicherung schüren, wo es absolut keine Grundlage für Angst und Verunsicherung gibt.

Jörg Leichtfried von den Sozialdemokraten wirft den Freitlichen vor,

früher selbst einen NATO-Beitritt gefördert zu haben,

jetzt auf Seiten Russlands zu stehen

und zuletzt den islamistischen Taliban einen Besuch abgestattet zu haben.

Ich würde lieber meinem Hunterwürstland vertrauen als die Neutralität der FPÖ.

Michelle Raymond von den Grünen erinnert an den vor einigen Jahren geschlossenen Vertrag der FPÖ

mit der Putin-Partei.

Sie reden von Souveränität und Unmöglichkeit.

Wenn wir Souverän sein wollen, dann bitte ohne Putin und ohne diese Autotraktiv.

Auch Bertemeindel Reisinger von den NEOS wirft den freiheitlichen, enge Beziehungen zu Russland vor.

Wie kann denn eine Partei, die so eng mit dem Gremel mit Putins Partei verbunden ist

und mit dem Ergriff, der gerade die europäische Sicherheitsordnung untergräbt

und wahrscheinlich die größte Bedrohung für den Frieden und die Freiheit auf unterm Kontinent ist?

Wie kann eine solche Partei ernsthaft von sich behaupten,

die Sicherheit Österreichs vertreten zu können?

Die FPÖ stehe nicht für die Sicherheit Österreich, sagt Meindel Reisinger, sondern setze diese aufs Spiel.

Wir bleiben im Nationalrat, der im oberösterreichischen Bezirk Munden,

lebender grüner Nationalratsabgeordneter Clemens Stammeler,

hat heute überraschend seinen Rücktritt angekündigt.

Der Grund vergangene Woche ist er laut eigenen Angaben betrunken, handgreiflich geworden.

Stefanie Middendorfer berichtet.

Der 49-jährige Clemens Stammeler aus St. Konrad soll zu später Stunde

nach einer Veranstaltung in Wien eine Frau belästigt haben.

Einen Mann, der einschreiten wollte, soll er verletzt haben.

Anwesende informierten die Polizei.

Das berichtet das Nachrichtenmagazin Profil.

Stammeler nennt sein Verhalten in einer schriftlichen Erklärung heute einen Zitat

Furchtbaren Fehler, der nicht passieren dürfe und kündigt an, sowohl sein Mandat im Nationalrat als auch in der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer zurückzulegen.

Darüber hinaus ist Stammmler auch Mitglied des Erweiterten LandesparteiVorstands der oberösterreichischen Grünen.

Es sei davon auszugehen, dass Stammmler aufgrund des Vorfalls diesem erweiterten LandesparteiVorstand nicht mehr angehören werde, heißt es auf Anfrage des OF Oberösterreich aus der Landespartei.

Es werde Gespräche geben.

Der Rücktritt seien konsequenter und richtiger Schritt.

Schlechte Noten für Österreich gibt es heute von der europäischen Grundrechteagentur.

Eine Studie hat Rassismus gegen schwarze Menschen in 13 EU-Ländern untersucht und die zeigt, Österreich und Deutschland sind negativer Spitzenreiter.

76 Prozent der Befragten in Deutschland und 72 Prozent in Österreich geben an in den vergangenen fünf Jahren wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion benachteiligt worden zu sein.

Petra Bilder berichtet.

Besonders im Alltag seien sich Menschen mit afrikanischen Wurzeln in Österreich diskriminiert.

In keinem anderen EU-Land, in dem die Untersuchung der EU-Grundrechteagentur durchgeführt wurde,

gaben so viele Befragte an, bei der Arbeitssuche diskriminiert zu werden, wie in Österreich mit 59 Prozent.

Auch bei Wohnungssuche im Gesundheitsbereich und bei Polizeikontrollen liegt Österreich bei Diskriminierungserfahrungen im obersten Bereich.

Laut die EU-Grundrechteagentur ist das Rassismus-Problem in den letzten Jahren deutlich größer geworden.

Bei einer Studie 2016 hatten 51 Prozent der Befragten in Österreich angegeben, wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein.

Jetzt sind es 72 Prozent.

Auch im Durchschnitt der anderen untersuchten Länder haben die Rassismus-Erfahrungen zugenommen.

Ein schockierender Trend heißt es bei der Grundrechteagentur.

18 Uhr und 13 Minuten ist es gleich.

Wir schauen jetzt nach Voradelberg, wo seit Monaten über Schwangerschaftsabbrüche debattiert wird,

weil der einzige Arzt, der Abbrüche durchführt, bald in Pension geht.

Heute macht die Partei des Landeshauptmannes die ÖVP eine Kehrtwende.

Die Landesregierung erlaubt Schwangerschaftsabbrüche am Landeskrankenhaus Bregenz.

Frauen können ab Ende November dort einen Abbruch durchführen lassen.

Der grüne Koalitionspartner spricht von einer guten und sicheren Lösung.

Bettina Prendergast berichtet aus Bregenz.

Wir macht schon gerne politische Kehrtwenden.

Das hat man heute bei der Pressekonferenz deutlich gemerkt.

Die ÖVP hat aber keine andere Möglichkeit mehr,

als Abtreibungen im Landeskrankenhaus Bregenz zu erlauben.
Lange hatte man versucht es sowohl den Abtreibungsgegnern
als auch den Befürwortern recht zu machen.
Landeshauptmann Markus Wallner macht keinen Hehl daraus,
dass ihm eine andere Lösung lieber gewesen wäre.
Ich bin eingetreten dafür,
dass wir eine Regelung finden außerhalb des Spitals.
Ich muss jetzt aber aufwärtsstellen,
dass alle Bemühungen nicht funktioniert haben,
eine niedergelassene Praxis zu finden,
die einen Schwangerschaftsabbruch auch durchführt.
Eine Abtreibung kostet 720 Euro,
die für sich nicht mehr privat bezahlt werden.
Wir wollten weder viel günstiger noch viel teurer sein
als das bisherige Angebot in Vorarlberg.
Wir werden aber auch keinerlei finanziellen Zuschussesseiten
aus dem Gesundheitsresort oder des Spitals zu diesen Wegen öffnen.
Die ÖVP zeigt also Einsicht von der Opposition,
kommt kein Beifall.
Eigentlich müsste seine Selbstverständlichkeit sein,
dass Frauen in einer sicheren und anonymen Umgebung abtreiben können,
und die FPÖ kritisiert, dass die ÖVP in dieser Frage umgefallen ist.
Abtreibungsgegner haben schon angekündigt,
dass sie vor dem Landeskrankenhaus Bregenz demonstrieren werden.
Der Druck auf Gemeindebundpräsident Alfred Riedl
seinen Amt zurückzulegen steigt.
Der Gemeindebund bereitet seine Abwahl vor.
Dazu sollen die Statuten geändert werden,
die dann eine Abwahl zu Jahresbeginn 2024 möglich machen wird.
Das ist bisher nicht möglich.
Alfred Riedl werden ja fragwürdige Geschäfte mit Grundstücken vorgeworfen.
Nachdem die öffentlich geworden sind, hat er sein Amt ruhen gestellt.
An einen freiwilligen Rücktritt denkt er aber bisher nicht.
Stefan Kappacher berichtet.
Im Gemeindebund hofft man,
dass Alfred Riedl der ersten Präsidenten Abwahl
in 75 Jahren durch einen Rücktritt zu vorkommt.
Auf eine Interviewanfrage hat Riedl nicht reagiert,
aber vor zwei Tagen hat er sich in der Kronenzeitung
ausführlich zu seiner Zukunft geäußert.
Ich werde nicht zurücktreten,
sondern will alle falschen Medienberichte
mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln rechtlich geklärt wissen.
Den Kern der Vorwürfe,

dass er einen politisch dubiosen Millionengewinn
aus einer Umwidmung gezogen hat,
den hat Riedl freilich nie bestritten.
ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikkel-Leitner
hat deshalb von einer sehr schlechten Optik gesprochen.
Die jetzt gewählte Vorgangsweise des Gemeindebundes sei richtig,
heißt es, in ihrem Umfeld.
Dass Mikkel-Leitner auf Distanz zur Regel gegangen ist,
das hat einen guten Grund, sagt Meinungsforscher Peter Hayek.
Diese Themen sieht natürlich in einem Wahlkampf Gift
für die betroffenen Parteien.
Das Problem ist schlicht und ergreifend,
dass wir im 21. Jahrhundert noch immer
auf Politikerinnen und Politiker treffen,
die nicht verstanden haben,
dass heute diese Vorgangsweise nicht mehr gutiert wird
von der Bevölkerung.
Alfred Riedl bestätigt das mit seiner Antwort
auf die Frage der Kronenzeitung,
ob er wieder alles so machen würde mit seinen Grundstücken.
Wenn er gewusst hätte, was da herauskommt zu Riedl,
hätte er die Grundstücke gleich seinen Kindern geschenkt.
Zur SBO jetzt.
Da gibt es seit Montag wieder einen Konflikt
zwischen Bundespartei und der burgenländischen Landespartei.
Gegipfelt ist der Streit heute
in heftiger und deftiger Kritik von Landeshauptmann
Dorskuzil an der Bundespartei.
Das Burgenland sieht sich bei der Reihung
auf der Liste für die Europawahl benachteiligt
und will jetzt gar keinen Kandidaten aufstellen.
Ursprünglich wollten die Burgenländer Platz 5 auf der Liste
und Ex-Verteidigungsminister Norbert Darabosch
auf diesem Platz nominieren.
Doch daraus wird jetzt nichts.
Patricia Schwiss berichtet.
Der SBO Landespartei-Vorstand hat heute Vormittag
bei einer außerordentlichen Sitzung einstimmig entschieden.
Der SBO Burgenland wird keinen Kandidaten
für die Europawahl aufstellen.
SBO Landespartei-Chef Hans-Peter Dorskuzil
Der SBO Bundespartei-Vorstand hat ja Montag festgelegt,
das Burgenland bekommt Platz 7 auf der Liste.
Damit wird nichts aus einer Kandidatur

von Ex-Verteidigungsminister Norbert Darabosch
auf einem aussichtsreichen Platz 5.
Dass das Burgenland auch 2019 bei der Europawahl
Platz 7 auf der Bundesliste hatte, begründet Doskuzil damit,
dass es bereits damals einen Berechnungsfehler gab
und den Burgenland schon damals Platz 5 zugestanden wäre.
Wir sind dann mit dem Listen Platz 7
mit unseren Kandidaten Christian Dachs in die Wahl gekommen.
Und haben das eigentlich sagen und die Angrosse akzeptiert.
Den Europawahlkampf der SBO will das Burgenland
trotzdem unterstützen Richtung Bundespartei, sagt Doskuzil.
Darabosch wäre ein ausgezeichnete Kandidat gewesen
mit einer ausgezeichneten Reputation,
sagt der SBO Landespartei-Chef Abschließend.
Im SBO Bundespartei-Präsidium wird das Burgenland
auch künftig durch Verena Dunst vertreten sein.
Im Vorstand durch Astrid Eisenkopf
Daniela Winklaunt neu durch Roland Fürst.
Auch das hat der Landespartei-Vorstand heute entschieden.
18.18 Minuten.
Wir kommen nach Deutschland, wo die Bundesregierung
gerade eine neue Härte in der Flüchtlingspolitik zeigen will.
Das Kabinett hat dafür einen Gesetzentwurf
zur schnelleren Abschiebung abgelehnte Asylwerber
auf den Weg gebracht.
Die Polizei soll außerdem mehr Befugnisse erhalten.
Der Ausreisegewahrsam soll verlängert werden.
Marisi Engelmeier berichtet.
Die deutsche Ampelregierung verschärft die Gangart
gegen abgelehnte Asylbewerber.
Sie sollen entschiedener und schneller abgeschoben werden,
erklärt Innenministerin Nancy Feser von der SPD.
Wir sehen ein bündelrestriktiver Maßnahmen
für mehr und schnellere Rückführungen vor.
Das ist notwendig, damit wir weiterhin
unserer humanitären Verantwortung für die Menschen gerecht werden können.
In dem Gesetzentwurf ist unter anderem vorgesehen,
die Höchstdauer des sogenannten Ausreisegewahrsams
von der Zeit 10 auf 28 Tage zu verlängern.
Das soll verhindern,
das Abzuschiebende vor einer Rückführung untertauchen.
Auch ein härteres Vorgehen gegen Schleuser ist geplant.
Wir werden künftig Schleuser leichter ausweisen können.
Zudem sorgen wir dafür,

dass künftig auch die Schleusung von Kindern strafbar ist.
Vorbehalte gegenüber dem Entwurf haben vor allem die Grünen,
weil Grundrechte verletzt werden könnten.
Kritik ganz anderer Art kommt von der Union,
der die Pläne der Regierung nicht weit genug gehen,
sagt Karsten Linemann, CDU-Generalsekretär.
Es ist jetzt 50 Tage her, als der Bundeskanzler hier im Bundestag stand
und hat gesagt, wir werden euch der Opposition die Zusammenarbeit an.
Jeden Tag kommen 1.000 illegale Zuwanderer nach Deutschland,
50.000 in diesen 50 Tagen, und es ist nichts passiert.
Dabei sucht Kanzler Scholz an einem Schulterchluss
in der verschärften Migrationspolitik,
damit das Gesetz noch dieses Jahr im Bundestag verabschiedet werden kann.
In den USA ist eines der wichtigsten und mächtigsten politischen Ämpter,
das er Anfang Oktober nicht besetzt.
Das Repräsentantenhaus hat damit weiter keine Führung.
Die Suche nach einer Nachfolge verläuft recht chaotisch.
Und jetzt geht der Machtkampf bei den Republikanern zwischen Hardlinern
und Gemäßigten in die nächste Runde, wie Fabio Polly berichtet.
Seit dem 3. Oktober ist die zweite Kammer des amerikanischen Parlaments blockiert,
denn die Republikaner schaffen es nicht, einen Kandidaten zu nominieren,
der innerhalb der eigenen Parlamentsfraktion für alle tragbar ist.
Radikale Trump-Anhänger haben ja am 3. Oktober in einem einmaligen Akt,
den bis dahin amtierenden Vorsitzenden Kevin McCarthy aus dem Amt verjagt.
Der Abgeordnete Jim Banks macht es deutlich,
nachdem der dritte Kandidat, Tom Emmer, gescheitert ist, erklärt Banks sein Wahlverhalten.
Ich kann nicht das moderate Mitglied der Republikaner als Speaker wählen,
weil ich damit die konservativen Werte betrügen würde für die Ich-Ir-Kämpfe.
Inzwischen wurde bereits der vierte Kandidat nominiert.
Mike Johnson aus Louisiana hat zwar die Partei interne Vorwahl gewonnen,
ob er aber auch genügend Stimmen für die Wahl im Repräsentantenhaus hat
oder in wieder einer der beiden Seiten blockieren wird, ungewiss.
Wir kommen nach Österreich.
Zum Beginn der Herbstferien morgen vermeldet die Tourismusbranche heute Rekordzahlen.
Im September sind in Österreich über 12 Millionen Nächteungen gezählt worden,
um 5 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.
Auch an den Oktober knüpfen Hotels und Gasthäuser hohe Erwartungen.
Die Buchungslage sei gut, heißt es von der österreichischen Hotelierversammlung Max Nikols
berichtet.
Laut einer von der österreichischen Hotelierversammlung durchgeführten Umfrage
will jede bzw. jeder dritte in Österreich in den Herbstferien Urlaub machen.
Der Großteil davon im Inland.
Die Hotels und hier vor allem jene, die klar auf Sommer-Tourismus sitzen,
seien mit den Herbstferien in der Lage, die Saison zu verlängern,

sagt der Chef der österreichischen Hoteliervereinigung Walter Veidt, wer also jetzt in diesen Hotels bucht, wird dementsprechend neben Saisonpreise zahlen. Das ist ein Zwischenseisumpreis, der hilft der Hotellerie sehr. Früher haben viele Betriebe Mitte September schon geschlossen und jetzt können die Betriebe bis Anfang November offen haben. Etwas anders ist die Lage, in der laut der Umfrage beliebtesten Urlaubsregionen den Herbstferien, der Steiermark, hier sind es vor allem die Termenhotels, die viele Ferienurlauber anziehen. Und für sie ist preislich jetzt ganz klar die Hauptsaison. Eine Bank Angestellte soll die Hypo Salzburg um rund 8 Millionen Euro geprellt haben, mit Krediten für Kunden, die es gar nicht gegeben hat. Das Geld soll sie selbst eingesteckt haben. Das wirfte die Staatsanwaltschaft Salzburg nach 2 Jahren Ermittlungen vor. Jetzt liegt eine Anklage wegen Untreue, Urkundenfälschung und Veruntreuung vor. Gerhard Jäger mit den Details. Mehr als 30 Jahre lang war die Frau bei der Bank beschäftigt, mehr als 20 davon als Kundenbetreuerin, bis zu ihrer fristlosen Entlassung im Sommer 2021. Internie Untersuchungen der Reifessen Oberösterreich, dem neuen Mutterkonzern der Salzburger Hypo Bank, hatten den Verdacht aufkommen lassen, dass die Frau systematisch Kredite abschließt, das Geld aber selbst einstreift. Laut Anklage soll die Salzburgerin ab 2014 mehr als 150 falsche Kreditekonzern konstruiert haben. Dafür hatte er ein befreundeter, jetzt mitangeklagter Unternehmer, gefälschte, meist deutsche Personalausweise und Lohnsätze übermittelt. Der Schaden liegt bei knapp 4 Millionen Euro. Schon im Jahr 2006 soll die Anklage, die auch angefangen haben, Kunden, die Geld veranlagt haben, zu betrügen. Hier soll die Frau ebenfalls fast 4 Millionen Euro an Wertpapierinvestitionen getätigt und sie für 17 Kunden verwaltet haben. Dabei soll sie Vermögenswerte abgezweigt und den Kunden dann gefälschte Debo-Bestätigungen geschickt haben. In einem Fall soll die Anklage die Wertpapiere einer Kundin ohne deren Auftrag verkauft und den Erlös von fast 700.000 Euro behalten haben. Bei einem Schuldspruch drohen bis zu 10 Jahre Haft. Ein Prozesstermin steht noch nicht fest. Noch einmal Salzburg in diesem Abendjournal ein ehemaliger Mitarbeiter. Der Post ist heute am Landesgericht in Salzburg wegen Amtsmissbrauchs verurteilt worden, zu 10 Monaten auf Bewährung. Der 43-Jährige hat gestanden, rund 14.000 Postsendungen von Empfängern im Flachgauge hortet zu haben. Darunter waren auch hunderte behördliche Schriftstücke. Tanja Gelenke berichtet.

Er sei mit der Arbeit überlastet gewesen.
Das habe zu Alkoholkonsum und privaten Problemen geführt.
Das ganze Tor ihm sehr leid, zeigt sich der Beschuldigte gegenüber der Richterin Reuevoll.
Der 43-Jährige hat die tausenden Schriftstücke von Juni 2022 bis April 2023 in seiner Wohnung, in seinem Auto und in einem Spind in der Zustellbasis gehortert.
Die Sendungen waren an Empfängern zu Kirchen, Neumarkt, Eugendorf und Matze gerichtet.
Darunter waren auch 263 behördliche Schriftstücke, wie RSA und RSB-Briefe.
In diesem Fall habe er im gesetzlichen Sinn als Beamter gegolten, so die Richterin.
Der Mann, der seit 2011 bei der Post gearbeitet hat, hat laut Verteidiger seine Vorgesetzten damit konfrontiert, mit der Arbeit überlastet gewesen zu sein.
Er sei aber alleine gelassen worden.
Das Urteil, 10 Monate auf Bewährung, ist bereits rechtskräftig.
Artensterben, Weltraumschrott oder Wassermangel, ein neuer Bericht identifiziert 6 Schlüsselrisiken, bei denen die Menschheit dringend gegensteuern sollte.
Tut sie das nicht, drohen diese Systeme zu kippen, wie Juliana Nagila berichtet.
Aus mehr als der Hälfte der großen Grundwasserspeicher der Welt wird mehr Wasser entnommen als nachkommt.
Sind die Grundwasserreserven erschöpft, hätte das verheerende Folgen für die Landwirtschaft und in weiterer Folge für die Nahrungsmittelproduktion.
Der Mensch ist auf seine Umwelt angewiesen, beutet er sie maßlos aus, können diese Systeme versagen, sagt die Ökologin, zittase Beschwerde von der Universität der Vereinten Nationen.
Dadurch, dass wir dieser Systeme zerstören, nehmen wir uns unsere eigenen Werkzeuge weg, mit denen wir in der Vergangenheit Risiken gemindert haben.
Denn gibt es zu wenig Grundwasser, kann man auch den Wassermangel während einer Dürre nicht mehr ausgleichen.
Es brauche Lösungen, die nicht auf Verzögerung setzen, sondern auf ein Umdenken.
Und, die die Rechte und Möglichkeiten zukünftige Generationen berücksichtigen, sagt die Forscherin.
Weiter geht es im Nachrichtenstudio Tom Brandenberger, bitte.
Unser Generalsekretär Antonio Guterres

hat sich gegen die scharfe Kritik an seinen Äußerungen zum Gaserkrieg verteidigt. Er sei schockiert über die Fehlinterpretation seiner Erklärungen, so Guterres in New York. Tatsächlich habe er auch deutlich gemacht, dass er die entsetzlichen und beispiellosen Terrorakte der Hamas unmissverständlich verurteile. Guterres hat in seiner Rede vor dem Weltsicherheitsrat die israelischen Gegenangriffe in Gaserstreifen kritisiert und in diesem Zusammenhang von der israelischen Besatzung palestinensischer Gebiete gesprochen. Der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen hat Guterres deswegen zum Rücktritt aufgefordert. Die Zahl der Flüchtlinge weltweit hat nach Angaben der UNO mit rund 114 Millionen Menschen einen neuen Höchststand erreicht. In der ersten Hälfte des Jahres haben demnach vor allem die Kriege und Konflikte in der Ukraine, im Sudan, in Myanmar und in der demokratischen Republik Kongo Menschen dazu getrieben, ihre Heimat zu verlassen. Zuletzt sei die Zahl noch zusätzlich durch die Eskalation im Nahen Osten angestiegen. Einer der bekanntesten iranischen Menschenrechtlerinnen ist eigenen Angaben zur Folge nach Kanada geflohen. Auf der Plattform X, vormals Twitter, schilderte Athena Daimi ihren Weg aus dem Iran. Die Aktivistin ist bekannt für ihre Kritik an der Todesstrafe in der islamischen Republik. Bis Anfang 2022 war sie jahrelang inhaftiert. Nach der Kollision zweier Fracht in der Nordsee vor Helgoland ist die Suche nach vier vermissten Seeleuten eingestellt worden. Nach Angaben der Einsatzkräfte gibt es keine Hoffnungen mehr, die vermissten Leben zu finden. Insgesamt sind bei dem Unglück damit fünf Menschen ums Leben gekommen. Weiterhin unklar ist, warum die beiden Frachter gestern früh zusammengestoßen sind. Mit Windgeschwindigkeiten von fast 270 Stundenkilometern ist der Pazifiksturm Otis nahe dem Badeort Acapulco auf Mexiko-Süd-West-Küste getroffen. Die Behörden hatten den Wirbelsturm zuvor als Hurricane, der höchsten Kategorie 5 eingestuft. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. In ersten Berichten ist von Überschwemmungen im Küstengebiet abgedeckten Dächern und umgestürzten Bäumen die Rede. Die Skiliegende Andreas-Anderl Molterer ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Das hat der USV bestätigt.

Molterer war Hanenkammer-Rekord-Sieger.

Er hat insgesamt neun Mal in Kitzbühl gewonnen.

Viermal in der Kombination, dreimal im Slalom und zweimal in der Abfahrt.

Nach seiner aktiven Karriere lebte Molterer mit seiner Lebensgefährtin mehr als 60 Jahre in den USA.

Und das Wettermorgen am Nationalfeierwerk

wird überwiegend bewölkt mit der einen oder anderen Sonnenstunde

und Höchstwerten von 11 bis 19 Grad.

Das war das Abendjournal Technika Darina Ahama,

die Ski-Babere-Schiede und am Mikrofon Julia Schmuck.